

1. Für neue Bauten	Fr. 265,000
2. " bestehende Bauten	" 24,600
3. " Dammbauten	" 33,400
4. " Inventar	" 8,000
5. " Bauleitungen	" 7,500
6. " Verwaltung	" 20,000
7. " Kommissionen	" 1,000

Summa Fr. 360,000

Von den für das Unternehmen vorgesehenen 8½ Millionen bleiben nunmehr nur noch Fr. 58,000 übrig, weshalb sich auch der Bauantrag innerhalb der Grenze des unerlässlich Gebotenen bewegte.

Baduz, den 28. Nov. (Unglücksfall.) Heute fand Katharina Hämmerle von Dornbirn, ledige Arbeiterin in der Rosenthal'schen Fabrik, auf eine schreckliche Weise ihren Tod. Dieselbe wollte, wie man erzählt, in dem zur Fabrik gehörigen Wasserhause ein eben benütztes Kaffeegefäß ausspülen, wobei sie auf dem mit Eis bedeckten Stege ausglitschte und ins Wasser fiel; hier scheint sie von dem großen Wasserrade erfasst und zwischen diesem und dem Boden des Wasserhauses erdrückt worden zu sein. Die Leiche, welche man bald darauf herauszog, soll auf eine gräßliche Weise verstümmelt worden sein. Wie man vernimmt, soll übrigens von Seite der Direktion der Rosenthal'schen Fabrik seit längerer Zeit ein Verbot bestehen, welches vor dem Betreten des Wasserhauses warnt.

Politische Rundschau.

Deutschland. Der deutsche Reichstag beschäftigt sich seit dem 24. Nov. mit der Verathung der Reichsjustizgesetze. Justizminister Leonhard leitet die Debatte mit einer Skizzirung des Gesetzes über das Gerichtsverfahren ein, bei welchem die von der Reichsverfassung gesteckten Grenzen einzuhalten waren, empfahl die gesammten Justizgesetze als ein festgeschlossenes System bildendes Ganze, und hob hervor daß die Aufstellung der Gesetzentwürfe zu den größten Aufgaben der Gesetzgebung gehöre und deren Verathung die höchste Hingebung des Reichstags beanspruche. Die Gesetze seien weder vollendet noch enthalten sie das Möglichste und Besterreichbare, denn es habe wohlberechtigten Faktoren Rechnung getragen werden müssen. „Aber“ — schloß der Redner — „verschmähen Sie nicht das Gute wegen des Bessern und üben Sie Resignation; denn nur dann kann ein großes Werk gelingen.“

In der Sitzung v. 28. Nov. hat der Reichstag dem Beispiel des Bundesraths folgend, durch einstimmige Annahme des Berner Postvereinsvertrags der Reichsregierung und durch den Mund Riquels namentlich dem Generalpostdirektor Stephan seine besondere Anerkennung für die glückliche Initiative kundgegeben, welche das junge Deutsche Reich im Interesse der Einheit des Weltpostverkehrs ergriffen hat. Auf die Bedeutung des Vertrags wies Hr. Stephan in kurzen Worten hin, indem er mit der ihm eigenen Herrschaft über die Statistik anführte: daß der Verein, selbst wenn die französische Republik es ihren Interessen entsprechend finden werde dem Vertrag nicht beizutreten, sich dennoch auf ein Gebiet von mehr als 700,000 Quadratmeilen mit etwa 300 Millionen Einwohner und einem täglichen Briefpostverkehr von etwa 124 Millionen Briefen erstrecken werde.

Die diplomatische Vorgeschichte des Berner Postvereinsvertrags gibt einen sehr interessanten Beitrag zur Entscheidung der Frage: ob die deutsche Regierung den Ausbruch des deutsch-französischen Kriegs im Jahre 1870 vorhergesehen, vielleicht gar provocirt habe. Die ersten Einleitungen zur Berufung eines internationalen Postkongresses datiren vom Frühjahr 1869, und war Frankreich die Initiative nahe gelegt und die Berufung des Kongresses nach Paris beantragt worden. Die französische Regierung zögerte. Nach Jahresfrist wurde von Seiten des Norddeutschen Bundes das Projekt wieder aufge-

nommen, und am 6. Juni 1870 ward der deutsche Botschafter in Paris beauftragt der französischen Regierung die dringendsten Vorstellungen zu machen um sie zur baldigen Einberufung des Kongresses zu bestimmen. Genau einen Monat später, am 6. Juli 1870, erfolgte die bekannte Erklärung des Herzogs v. Gramont im Corps législatif, welche den Krieg unvermeidlich machte. Wenn es das Berliner Cabinet gewesen wäre, welches nach dem Vorwande zum Ueberfall Frankreichs suchte, so würde es sicherlich seinen Botschafter in Paris mit so unausführbaren Instruktionen verschont haben.

Oesterreich. Eine Erklärung des Handelsministers, welche derselbe in der Sitzung des Abgeordnetenhauses v. 24. Nov. abgab, besagt, die Regierung könne aus finanziellen Gründen vorderhand neue Eisenbahn-Vorlagen nicht machen, die Regierung sei beschäftigt mit Ausarbeitung eines Entwurfes über die in den nächsten Jahren zu erbauenden Linien; dieser Entwurf werde noch im Jahre 1875 vorgelegt werden mit Anträgen, welche der projektirten Linien zuerst zu erbauen seien.

— Die Subskriptionen für die Nordpolfahrer haben in Wien eine Summe ergeben, welche den glühenden Enthusiasmus schon als stark abgekühlt erscheinen läßt. — Alles in Allem etwas über 35,000 Gulden. Auf die Matrosen entfallen davon nur je 500 Gulden; doch sind einzelne davon höher bedacht. Die Offiziere erhalten je 5000, resp. 3000 Gulden.

Schweiz. Der große Rath von St. Gallen genehmigte bei der Verathung der Verfassungsrevision den Antrag der Kommissionmehrheit betreffend die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die freie Ausübung des Gottesdienstes, die Ueberaufsicht des Staates über die Religionsgenossenschaften, über die Kirchengüter und die konfessionellen Centralfonds und die Wahl der Geistlichen.

Frankreich. Man beschäftigt sich in den französischen politischen Kreisen fortgesetzt mit den letzten Gemeindevahlen und mit der Wiedereröffnung der Nationalversammlung, die in wenigen Tagen stattfinden wird. Was erstere betrifft, so erklären sich die Radikalen sowie die Konservativen vollkommen zufriedengestellt. Die Republikaner weisen auf die Resultate hin, die in großen Städten erzielt worden sind, und sagen mit voller Berechtigung, daß in allen intellektuellen Mittelpunkten Frankreichs die Opposition einen vollständigen Sieg davon getragen habe. Die Konservativen auf der andern Seite sprechen mit Verachtung und Entrüstung von diesen „Geburtsstätten unverbesserlicher Korruption“, und rühmen die Wahlen der Landbevölkerung, des „unverdorbenen und starken Theils des französischen Volkes“, welche im Allgemeinen zu Gunsten der konservativen Partei ausgefallen sind. Die Franzosen haben wirklich ein großes Geschick einem jeden Ergebnisse die gute Seite abzugewinnen. Nach vielen französischen Zeitungen zu urtheilen, sollte man wirklich meinen, daß die heutige Lage der Dinge, wenn schon dieselbe vielleicht einiges zu wünschen übrig lasse, doch jedenfalls zu den schönsten Hoffnungen berechtige. Die Septennialisten sagen: „Gebt dem Marschall Mac-Mahon nur eine Konstitution, und wir garantiren euch Ruhe und Ordnung, Wiederaufblühen des Handels und des Reichthums, Reorganisation der Armee und die vollständige Rehabilitation Frankreichs in den Augen von Europa.“ So hat jede politische Partei hier ihr eigenthümliches spezifisches Heilmittel gegen die augenblicklichen Leiden des Landes. Diese Mittel heißen bei den einen: Anerkennung der Republik, bei den anderen: Restauration der legitimen Monarchie oder Einsetzung Napoleons IV. auf den Thron seines Vaters. Am wahrscheinlichsten scheint es noch, daß das eigenfinnige, franke Land jede Medizin zurückweisen und noch längere Zeit in dem unbehaglichen Zustande fortleben wird, dem es sich seit drei Jahren trotz aller Bemühungen nicht entreißen kann.

Italien. Auch Italien sollte seine Krisis, oder wie man